FREITAG, 3. SEPTEMBER 2010 NR. 35 52. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

Spezialthema Volksabstimmung vom 26. September 2010 im Leitartikel und auf Seite 5 / 6

REVISION OBLIGATORISCHE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Ja zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Am 26. September stimmen wir über die Revision des Bundesgesetzes über die Arbeitslosenversicherung ab. Leider befindet sich die Arbeitslosenversicherung (ALV) in bedenklicher finanzieller Schieflage. Sie hatte bis Ende Juni 2010 einen Schuldenberg von ungefähr 7 Milliarden Franken angehäuft. Dazu kommt ein strukturelles Defizit von jährlich 1 Milliarde Franken. Es steht deshalb ausser Frage, dass bei dieser Versicherung dringender Handlungsbedarf besteht.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Mit der Arbeitslosenversicherung steckt damit ein weiteres Sozialwerk in der Schuldenfalle. Bekanntlich haben wir vor einem Jahr einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent zur Sanierung der Invalidenversicherung (IV) zugestimmt. Vor einigen Wochen kündigte der Bundesrat eine Erhöhung der Lohnabzüge bei der Erwerbsersatzordnung (EO) von 0,2 Prozent für die Mutterschaftsversicherung an. Sodann droht bei den Krankenkassenprämien erneut ein Prämienschub, Aber auch bei der AHV ist aus demografischen Gründen mittelfristig mit massiven Finanzierungsproblemen zu rechnen.

Die Arbeitslosenversicherung steckt in der Schuldenfalle.

Die Arbeitslosenversicherung ist in Schieflage geraten, weil bei der letzten Revision, im Jahre 2003, eine zu tiefe Sockelarbeitslosigkeit angenommen wurde. Damals ging man von der Annahme aus, dass durchschnittlich nicht mehr als 100 000 Arbeitslose gemeldet würden, d.h. 2,5 Prozent. Die Erfahrung hat nun aber gezeigt, dass die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei 125 000 Arbeitslose liegt, was einer Arbeitslosenquote von 3,3 Prozent entspricht. Man hat bei der letzten Revision also ganz klar mit zu optimistischen Zahlen gerechnet. Mit der nun zur Abstimmung kommenden Gesetzesvorlage will man diesen Fehler korrigieren und den Finanzierungsmechanismus auf eine Sockelarbeitslosigkeit von 125 000 ausrichten und die Schulden abbauen. Damit wird es dann wieder möglich, bei einer Rezession Schulden anzuhäufen und bei einem Aufschwung wieder abzubauen.

Lasten gerecht verteilt

Für diese Sanierung sind Massnahmen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite vorgesehen. Konkret ist auf der Einnahmeseite eine Erhöhung des Beitragssatzes von 2,0 auf 2,2 Prozent geplant. Zusätzlich wird ein befristeter Zusatzsatz von 1 Prozent auf Einkommen zwischen 126 000 und 315 000 Franken, ein sogenannter Solidaritätsbeitrag, vorgeschlagen. Die Besserverdienenden leisten damit einen Sonderbeitrag zur Sanierung der ALV. Dieses Solidaritätsprozent wird solange erhoben, bis das Eigenkapital des Ausgleichsfonds wieder eine vernünftige Grösse erreicht hat. Durch diese Beitragserhöhungen erhält die Arbeitslosenversicherung Mehreinnahmen von 646 Millionen Franken.

Auf der Ausgabenseite, bei den Leistungen, sind ebenfalls Korrekturen in einer ähnlichen Grössenordnung vorgesehen. So werden die Beitragsdauer und die höchstmögliche Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld enger aneinander gekoppelt. Wer mindestens ein Jahr lang Beiträge entrichtet hat, erhält auch ein Jahr lang Taggelder. Heute erhalten sie während 18 Monaten Arbeitslosenunterstützung.
Mit dieser Massnahme wird sichergestellt, dass niemand während längerer Zeit Leistungen erhält, als er Beiträge einbezahlt hat. Bei einer Beitragsdauer von mehr als 18 Monaten bleiben die Leistungen unverändert. Ebenfalls unverändert bleiben die Leistungen bei den älteren Arbeitnehmer über 55 Jahren, welche mindestens zwei Jahre einbezahlt haben. Sie erhalten auch weiterhin während zwei Jahren Taggeld.

Für diese Sanierung sind Massnahmen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite vorgesehen.

Leistungsreduktionen gibt es u.a. bei den Wartezeiten, bei den unter 25-Jährigen ohne Unterstützungspflichten sowie bei Schul- und Studienabgängern.

Mit all den geplanten Massnahmen lassen sich Einsparungen von 626 Millionen Franken erzielen. Die Einsparungen bewegen sich somit in einer ähnlichen Grössenordnung wie die Mehreinnahmen.

Weiterhin finanzierbare ALV

Mit der Revision werden gleichzeitig auch falsche Anreize eliminiert, potenzielle Missbräuche erschwert und die Arbeitslosen wieder rascher in den Arbeitsprozess eingegliedert. Zudem kann jüngeren Menschen, welche noch keine familiären Verpflichtungen haben, eine gewisse Flexibilität zugemutet werden. Die Erfahrung zeigt auch, dass unter 25-Jährige durchschnittlich nicht länger als sechs Monate ohne Arbeit sind.

Auch mit dieser Revision bleiben die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gut. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist unsere Arbeitslosenversicherung sogar grosszügig. Während bei uns die Bezugsdauer im Normalfall 18 Monate beträgt, sind es beispielsweise in Deutschland 12 und in Österreich sogar nur 9 Monate.

Mit der vorliegenden Vorlage kann die Schuldenwirtschaft gestoppt werden. Dadurch bleibt die Arbeitslosenversicherung langfristig finanzierbar. Gleichzeitig kann auch der ständige Anstieg der Lohnnebenkosten gebremst werden, damit die Schweiz auch langfristig konkurrenzfähig bleibt. Und wir können diese Ziele erreichen, ohne dass die heutigen Grundleistungen angetastet werden. So sind die Arbeitslosen in der Regel weiterhin während 18 Monaten abgesichert und erhalten 70 bzw.80 Prozent des versicherten Lohnes.

Was passiert bei einem Nein?

Auch bei einem Nein muss die ALV dringend saniert werden. Bei einer Ablehnung der Vorlage wäre der Bundesrat aufgrund der bestehenden Gesetzgebung verpflichtet, die Lohnabzüge um 0,5 Prozent statt um 0,2 Prozent zu erhöhen. Die Schulden der Arbeitslosenversicherung dürfen nämlich nicht höher als 2,5 Prozent der versicherten Lohnsumme sein. Dies würde bedeuten, dass die Lohnabzüge mehr als doppelt so hoch ansteigen würden wie bei einer Annahme dieser Vorlage. Damit würde den Beschäftigten mehr Kaufkraft entzogen und gleichzeitig die Wirtschaft stärker belastet.

Auch mit dieser Revision bleiben die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gut.

Die Vorlage, welche im Parlament heftig diskutiert wurde, ist ein guter Kompromiss. Mit der vorgeschlagenen Lösung werden die Lasten zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung gerecht verteilt. Die Lohnabzüge werden moderat angehoben und die Leistungskürzungen sozial verträglich gestaltet. Die Mehreinnahmen und die Leistungskürzungen halten sich dabei die Waage. Für den Grossteil der Versicherten ändert sich bei den Leistungen nichts, dies insbesondere für Arbeitslose mit tieferen Einkommen und Arbeitslose mit Kindern.

Damit wir aber auch in Zukunft über eine gute, langfristig finanzierbare Arbeitslosenversicherung verfügen, ist diese Revision notwendig und verdient unsere Unterstützung.

Öffentlicher Vortrag

Wird die Schweiz an die EU verraten?

Referent:
Christoph Blocher

anschliessend Diskussion
Samstag, 4. September 2010, 10.30 Uhr (Türöffnung 9.30 Uhr)
Hotel Zürich Marriott, Neumühlequai 42 in Zürich
Zu Fuss in 10 Minuten ab Hauptbahnhof Zürich gut erreichbar; Parkplätze vorhanden
www.blocher.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Arbeitskräfte für Landwirtschaft und Gewerbe

Arbeitskräfte gesucht:
Als Betriebshelfer
als Temporärarbeitskräfte tage-, wochen- oder monatsweise für Bau-, Gartenbau, Industrie und Gewerbe

Arbeitskräfte im Angebot:
Betriebshelfer / Gärtner / Bauarbeiter
motivierte arbeitskräfte

Maschinenring
Maschinenring Zürich, 8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-jobs.ch

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Der Bote für Ihre Botschaft!

Ein Inserat im «Zürcher Bote» lohnt sich.

Inserate buchen bei:
inweb ag, 044 818 03 07
info@inwebag.ch

RE/MAX Immobilien Plus

Ein optimaler **Verkaufserfolg** Ihrer **IMMOBILIE** basiert auf einer guten Zusammenarbeit und auf gegenseitigem **Vertrauen/Respekt und Verlässlichkeit.**
Ich freue mich auf Ihren Anruf!

Bahnhofplatz 1 8910 Affoltern a.A.
luki.sutter@remax.ch 043 817 18 22
SHOP: Mo-Fr 9-12, 14-18 h; Sa 9-13 h

Widersprüche und Ohrenfliegen

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Diesen März tobte Jacqueline Fehr im Parlament: Es sei eine «politische Lüge», so zu tun, als kämpfe man für die kleinen Leute und sei gleichzeitig der «politische Arm der Banken, der Abzocker, der Bonusmanager». Nun fliege der SVP der «tiefe Widerspruch um die Ohren». Mittlerweile fliegen die «politische Lüge» und der «tiefe Widerspruch» Jacqueline Fehr um die eigenen Ohren. Ihr Ehemann – auch er bekennender Sozialdemokrat – hat als Bankrat der Zürcher Kantonalbank dank Bonuszahlungen tüchtig abgezockt.

Der «tiefe Widerspruch» ist Jacqueline Fehrs zuverlässigster Lebensbegleiter. «Manche von euch kennen mich noch als rothaarige, radikale und gelegentlich etwas selbstgerechte Jungpolitikerin.» Per sofort spielt sie jetzt die zahme Rolle der gebleichten Bundesratskandidatin in Bluse. Unlängst hat sie noch über die «starke Personalisierung durch die Medien» gezetert. Um dann einen Sommer lang zu überlegen, wie sie sich im Winterthurer Kirchgemeindehaus halbsakral und ganzmedial am stärksten personalisieren solle.

Jacqueline Fehr agiert im Bundeshaus als Lobbyistin, die für ihre Organisationen schamlos Bundesgelder abzweigt. Und lässt sich gleichzeitig im Sonntagsblick mit dem Schlachtruf «Schluss mit Lobbying im Bundeshaus!» feiern. Sie reichte flugs einen Vorstoss gegen die politische Interessenvertretung der Krankenkassen im Parlament ein. Lobbyisten-Bekämpferin Fehr ist unter anderem Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz. In deren aktuellem Jahresbericht steht: «Die politische Lobbyarbeit stellt eine Kernkompetenz der Stiftung Kinderschutz Schweiz dar.»

«Politik ist Teamarbeit», säuselte Jacqueline Fehr bei ihrer Selbstnominierung. Bei der Wahl von Ursula Koch zur Parteipräsidentin hatte Teamarbeiterin Fehr noch frohlockt: «Wir sind hocherfreut, wirklich hoch-, hocherfreut.» Dann begann Jacqueline Fehr, die gelobte Koch gnadenlos zu mobben und öffentlich zum Rücktritt aufzufordern. Unter Teamarbeit versteht sie auch, nach Wahldebakeln regelmässig über ihre Parteifreunde herzuziehen («Die SP-Stadtregierungen sind schuld»). Damit nicht genug der ohrenfliegenden Widersprüche: Die stolze Besitzerin von Haus und Vermögen zählt sich selber zur Arbeiterklasse. Und hat darum für sich eine dazu passende Berufsbezeichnung erfunden: «Projektarbeiterin».

DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN BAAR (ZG) VOM 28. AUGUST 2010

SVP setzt klare Zeichen für mehr Sicherheit und für den Steuerwettbewerb

600 Personen, davon 415 Delegierte, trafen sich am vergangenen Samstag in Baar um die Parolen für die Abstimmung vom 28. November 2010 zu fassen. Diese beiden Sachthemen standen dann auch im Zentrum der SVP-Delegiertenversammlung und nicht, wie von den elektronischen Medien kolportiert, die anstehenden Bundesratsersatzwahlen. Die Delegierten fällten mit 415 Ja-Stimmen für die Ausschaffungsinitiative und mit 416 Nein-Stimmen zum Verhinderungs-Gegenentwurf einstimmige Entscheide. Ebenso klar war das Nein zur SP-Steuerinitiative, die mit 379 zu einer Stimme massiv abgelehnt wurde.

svp. Die SVP hat im August 2007 die Ausschaffungsinitiative lanciert, die nun am 28. November 2010 zur Abstimmung kommt. Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich nicht mehr sicher im eigenen Land. Nahezu die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird von Ausländern verübt. Die Ausschaffungsinitiative nimmt das Bedürfnis der Schweizerinnen und Schweizer nach mehr Sicherheit, mehr Grenzen und vor allem konsequentem Durchgreifen ernst. Mit der Ausschaffungsinitiative werden Ausländer, die in unserem Land schwere Verbrechen begehen, endlich konsequent ausgewiesen und mit einer Einreisesperre von mindestens fünf Jahren belegt. Aus Angst vor einem Ja zur Ausschaffungsinitiative stellt das Parlament der Initiative einen wirkungslosen Gegenentwurf gegenüber. Mit diesem soll internationales Recht in der Verfassung verankert und damit über Schweizer Recht gestellt werden. Damit könnten Anwälte und Richter die Ausschaffung von schweren Verbrechern weiterhin verhindern. Ein Integrationsartikel soll gar Integrationsvorschriften für Bund, Kantone und Gemeinden in die Verfassung aufnehmen. Damit werden neue Ansprüche und Verpflichtungen begründet, die in eine völlig falsche Richtung gehen. Selbst der grüne Vertreter an der Podiumsdiskussion der Delegiertenversammlung, Nationalrat Louis Schelbert, hob den Unsinn, die Ausschaffung krimineller Ausländer mit Integrationsmassnahmen zu verknüpfen, hervor.

Ein klares Bekenntnis gaben die SVP-Delegierten zum Steuerwettbewerb ab. Die SP-Steuerinitiative ist ein Etikettenschwindel. Einmal mehr soll unter dem Vorwand, die Grossverdiener stärker zur Kasse zu bitten, insbesondere der Mittelstand geschröpft werden. Der Mittelstand ist heute schon übermässig durch Steuern, Gebühren und Abgaben belastet und würde mit der «Steuergerechtigkeitsinitiative» noch mehr unter Druck kommen, weil mit einer Annahme der Initiative in vielen Kantonen die Steuern für alle steigen dürften. Die Linke attackiert mit der Initiative das erfolgreiche Schweizer Steuersystem, greift in die Autonomie der Kantone ein und bläht damit letztlich das Staatswesen auf. Der Steuerwettbewerb der Kantone bringt viele Vorteile. Insbesondere zwingt er die Kantonsregierungen und Verwaltungen, mit dem Geld der Bürger sparsamer umzugehen.

Parteileitung und Bundesrat bei der Schweizer Hymne.

Abstimmung.

NR Oskar Freysinger.

Fraktionschef NR Caspar Baader.

GR Mauro Tuena und NR Nathalie Rickli.

BUNDESRATSWAHLEN VOM 22. SEPTEMBER 2010

Parteileitung schlägt der Fraktion Nationalrat Jean-François Rime für die Wahl in den Bundesrat vor

Die Parteileitung der SVP hat die eingegangenen Nennungen für die Bundesratsersatzwahlen vom 22. September 2010 gesichtet. Mehrere Personen wurden gemeldet und wären bereit eine Wahl anzunehmen. Die Parteileitung schlägt dem Fraktionsvorstand und der Fraktion die Nomination von Nationalrat Jean-François Rime vor. Mit Jean-François Rime kann dem Parlament eine starke Unternehmerpersönlichkeit mit grosser Führungserfahrung aus dem Brückenkanton Freiburg empfohlen werden.

svp. Die SVP-Fraktion hat beschlossen, mit einer starken Persönlichkeit den ausgewiesenen Anspruch der Partei auf einen zweiten Bundesratssitz geltend zu machen. Die Kantonalparteien und die Fraktionsmitglieder konnten bis zum 31. August 2010 geeignete Namen für das Bundesratsamt melden. Die Parteileitung hat nun eine Sichtung der eingegangenen Nennungen vorgenommen und schlägt dem Fraktionsvorstand und der Fraktion die Nomination von Nationalrat Jean-François Rime als Kandidat für die Bundesratsersatzwahlen vom 22. September 2010 vor.

Jean-François Rime ist seit 2003 Mitglied des eidgenössischen Parlaments. Als erfolgreicher Unternehmer und Inhaber dreier Firmen mit über 100 Mitarbeitenden bringt er die dringend notwendige technische, wirtschaftliche und unternehmerische Fachkompetenz in den Bundesrat ein. Als französischsprachige Persönlichkeit mit ausgezeichneten Kenntnissen der deutschen Sprache aus dem zweisprachigen Kanton Freiburg verfügt er über eine hohe Sensibilität für die verschiedenen Sprachregionen und Kulturen des Landes. Mit Jean-François Rime ist auch die gewerbliche SVP-Basis im Bundesrat vertreten, nachdem mit Ueli Maurer bereits die landwirtschaftliche Basis einen Vertreter in der Landesregierung hat. Zudem hat die wählerstärkste Partei mit den ihr gemäss Konkordanz zustehenden zwei Sitzen dann je einen Vertreter der Deutschschweiz und der Suisse Romande im Bundesrat.

SVP-Bundesratskandidat Jean-François Rime

Jean-François Rime ist Vizepräsident der SVP-Fraktion, Mitglied des Vorstandes des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Präsident des Verbandes Holzindustrie Schweiz sowie Ausschussmitglied der europäischen Sägewerksorganisation. Er vertritt die SVP im Parlament in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben. In früheren Funktionen war er unter anderem langjähriger Vertreter der Holzindustrie in der wirtschaftlichen Landesversorgung sowie Präsident des Lokalkomitees Bern der Schweizerischen Nationalbank.

GEDICHT

OSKAR FREYSINGER
NATIONALRAT SVP
SAVIÈSE

Reiner Wahnsinn

Die Grenze störte ihn nicht sehr,
denn da war keine Grenze mehr.
Ihn kümmerte, ganz ohne Geiz,
der liebe Wohlstand in der Schweiz

Da konnte man Geschäfte machen
und sich dabei ins Fäustchen lachen,
denn war man mal im Lande drin
war jedes Risiko dahin.

So ging er denn von Haus zu Haus
und raubte fleissig alles aus,
und wollte er einmal verschnaufen
sah man ihn Heroin verkaufen.

Zwar kam er mehrmals in den Knast,
doch nahm er meistens, ohne Hast,
jede Verlängerung gern an,
weil man im Knast so vieles kann:

Man wird gefüttert und macht Sport
sieht Filme an in einem fort,
liegt ständig auf der faulen Haut
und kriegt allwöchentlich 'ne Braut.

Was soll die Freiheit in der Ferne,
im Schweizer Knast bleibt jeder gerne,
da wird viel Koscheres serviert
und jede Herkunft respektiert.

Dem Bürger liegt's zwar auf dem Magen,
doch der hat dazu nichts zu sagen,
ein importierter Bösewicht
ist ständig Sieger beim Gericht,

drum blieb der Kerl im Knaste hocken.
In Unterhemd und groben Socken
graste er listig und sozial
unsere Bundeskasse kahl.

Und als man ihn ausschaffen wollte,
ei, wie da jeder Gutmensch grollte:
man mache schwarze Schafe schlecht
das sei doch gegen Menschenrecht,

so heulte alles kreuz und quer.
Der Gangster sei kein Gangster mehr,
sondern ein Opfer der Rassisten,
man solle lieber DIE ausmisten.

Ein Gegenvorschlag kam zustande
und korrigierte diese Schande,
mit ihm wirft man gar keinen raus,
denn jeder ist bei uns zu Haus,

drum geht man wie beim Wolfe vor,
der auch hier sein Revier erkor:
Man stellt ihn, weil er zu nichts Nutz,
ganz einfach unter Artenschutz.

Moral:
Nur wer Verbrecher schonen tut
fühlt sich als Gutmensch wirklich gut!
Drum seid wie ich ein Bösewicht
und unterstützt die Dummheit nicht:
Wollt ihr in Zukunft sicher sein,
heisst es beim Gegenvorschlag NEIN!

Vorgetragen an der eidgenössischen Delegiertenversammlung in Baar (ZG) vom 28. August 2010.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Pflegegesetz im Fokus

Diese Woche behandelte der Kantonsrat das neue Pflegegesetz an einer Doppelsitzung. Nach über sechsstündiger Verhandlung mit 20 Minderheitsanträgen konnte die erste Lesung abgeschlossen werden. Zudem wurde über ein Tiefenlager für Atomabfälle debattiert.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit dem am 13. Juni 2008 von den eidgenössischen Räten verabschiedeten Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung wird die Finanzierung der Pflegekosten durch verschiedene Kostenträger im ambulanten und stationären Bereich neu geregelt. Die neuen bundesrechtlichen Bestimmungen werden am 1. Januar 2011 in Kraft treten. Zu den im KVG als «Pflegeheime» bezeichneten Institutionen zählen Alters- und Pflegeheime, Pflegezentren, Pflegewohnungen, Sterbehospize und andere stationäre Pflegeeinrichtungen. Der Kanton beteiligt sich an den Kosten gemeinnütziger Pflegeheime nach einem historisch gewachsenen, uneinheitlichen System, das in verschiedenen kantonalen Rechtsgrundlagen verankert ist. Die Neuordnung der Pflegefinanzierung sieht vor, dass die Beiträge der obligatorischen Krankenpflegeversicherung an die Pflegeleistungen künftig vom Bund für die ganze Schweiz einheitlich festgelegt werden. Neu können auch die Patientinnen und Patienten in begrenztem Umfang an den Pflegekosten beteiligt werden. Die Restfinanzierung ist von den Kantonen zu regeln. Im Bereich des KVG hat die Neuordnung im Weiteren zur Folge, dass künftig zwischen «Pflegeleistungen» und «Leistungen der Akut- und Übergangspflege» differenziert und diese Leistungen unterschiedlich finanziert werden müssen. Unter «Pflegeleistungen» sind solche Leistungen zu verstehen, die in der Regel längerfristig erbracht werden, ohne dass sie mit einer vorgängigen Spitalbehandlung zusammenhängen müssen, wohingegen Leistungen der Akut- und Übergangspflege immer direkt an eine Spitalbehandlung anschliessen und auf 14 Tage befristet sind. Beide Arten von Pflegeleistungen können sowohl ambulant durch Spitex-Institutionen oder freiberuflich tätige Pflegefachpersonen als auch stationär durch Pflegeheime erbracht werden. Für den Grundsatz ambulante Leistung vor stationärer Pflege zu stärken setzten sich vor allem **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) und **Theres Weber** (SVP, Uetikon a. S.) erfolgreich ein. Die Finanzierung dieser Leistungen ist wie folgt vorgegeben: Die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) entrichtet einen Beitrag an «Pflegeleistungen». Diese Beiträge werden vom Bund differenziert nach dem Pflegebedarf für die ganze Schweiz einheitlich in Franken festgelegt. Für ambulante Pflegeleistungen beträgt der Beitrag ab Inkrafttreten je nach Art der Leistungen zwischen Fr. 54.60 und Fr. 79.80 pro Stunde. Bei einem Aufenthalt in einem Pflegeheim beträgt der Beitrag nach zeitlichem Pflegebedarf abgestuft zwischen Fr. 9 (bei einem Pflegebedarf bis 20 Minuten) und Fr. 108 (bei einem Pflegebedarf von mehr als 220 Minuten) pro Pflegetag. Die nach Abzug dieser Beiträge verbleibenden Pflegekosten dürfen teilweise den Leistungsbezügerinnen und -bezügern verrechnet werden. Die Höchstbelastung ist dabei auf 20 Prozent des höchsten vom Bundesrat festgesetzten Pflegebeitrags der Krankenversicherer beschränkt. Die finanziellen Auswirkungen der Neuregelungen bewirken für den Kanton Zürich eine Zunahme der Kosten um 19 Mio. Der Versuch von Regierungsrat Heiniger und den Linken, den Datenschutz in rigoroser und dogmatischer Detaillierung in das Gesetz aufzunehmen, konnte dank des grossen Einsatzes von **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen), der den Rat von einer grundsätzlichen Formulierung überzeugen konnte, mit einer grossen Mehrheit verhindert werden.

Tiefenlager

Mit einer parlamentarischen Initiative (PI) forderte die Ratslinke das Energiegesetz so abzuändern, dass keine Atomkraftwerke nach dem Prinzip der Kernspaltung, keine Aufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe und keine Lagerstätten für mittel- und hoch radioaktive Rückstände errichtet werden dürfen bis die Eidgenossenschaft den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen habe. **Inge Stutz** (SVP, Marthalen) betonte im Rat, dass radioaktive Abfälle existieren und entsorgt werden müssen. Die Suche nach geeigneten Standorten für Tiefenlager solle sorgfältig und schrittweise durchgeführt werden. Die Sicherheit habe dabei oberste Priorität. Allerdings dürfe die Fragestellung «AKW-Neubau» und Tiefenlager nicht verknüpft werden. Das Problem mit den vorhandenen Abfällen müsse jetzt angegangen werden. Seit über 40 Jahren fallen von den fünf bestehenden Kraftwerken radioaktive Abfälle an. Zudem müssen auch entsprechende Abfälle aus Medizin, Industrie und Forschung entsorgt werden. Im Kernenergiegesetz sei festgehalten, dass diese Abfälle in der Schweiz entsorgt werden müssen. Die Forderung der SP, dass keine Abklärungen für eine sichere Entsorgung gemacht werden dürfen, bis der Ausstieg beschlossen sei, sei unmoralisch und verwerflich. Diese Aufgaben dürfen wir nicht auf eine spätere Generation abschieben. Der Rat folgte diesen Argumenten und unterstützte die PI nicht.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Pflegegesetz als Start in neue Gesundheitsfinanzierung

WILLY HADERER,
KANTONSRAT SVP
UNTERENGSTRINGEN

Weil sich die Bundespolitik trödelnderweise zu lange Zeit gelassen hat, die Pflegefinanzierung neu zu regeln, musste der Kantonsrat das Einführungsgesetz in rekordverdächtiger Weise behandeln. Es ist nun das zweite Mal seit dem NFA (Neuer Finanzausgleich des Bundes), dass wir so ungebührlich unter zeitlichen Druck gesetzt wurden. Die KSSG hat es aber geschafft, ihre Arbeit vor den Sommerferien abzuschliessen und im Rat nach einem vernünftigen Umgang mit den rund 20 Minderheitsanträgen das Gesetz materiell im Sinne der Mehrheit zu bereinigen. Weil der Bund das Gesetz auf 1. Januar 2011 in Kraft setzt, muss nun das erste Mal die Dringlichkeitsklausel angewendet werden. Unschön ist dabei die Einschränkung der Referendumsmöglichkeit (kein Aufschub der Inkraftsetzung möglich). Ohne diese rasche Inkraftsetzung würden Kanton und Gemeinden jedoch mit 120 Mio. zusätzlichen Kosten belastet. Auch für die Heime und Gemeinden wird es keine einfache Aufgabe sein, das Rechnungswesen und damit verbunden die Leistungserfüllung dem neuen Gesetz anzupassen. Die Budgetierung für 2011 ist mit etwelchen Unsicherheiten behaftet.

Richtigerweise hat der Kantonsrat den Grundsatz «ambulant vor stationär» gestärkt, indem die Selbstkosten mit 20% nur für den stationären Bereich angewandt wird. Für Spitex und andere ambulante Pflegeleistungen bleiben bei Patienten lediglich 10% Kostenbeteiligung. Kann damit der ambulante Bereich zu Gunsten einer Entlastung von Heimkapazitäten gesteigert werden, werden alle Beteiligten (Patienten, Gemeinden, Kanton und Krankenkassenprämien) von einer solchen Umlegung profitieren. Sehr klar hat sich der Kantonsrat mit 150:14 Stimmen hinter diese Zielsetzung gestellt. Eine Kosteneffizienzsteigerung erwartet man auch vom neuen Benchmark-System. Ähnlich wie bei den Spitälern heute schon gehandhabt, werden in Zukunft auch bei den öffentlichen Beiträgen für Pflegeheime, diese einer Kostenkontrolle mit Erhebung eines Benchmarks unterzogen. Hier hat der Rat im Sinne eines Kompromisses den Mittelwert als Bezugsgrösse festgelegt. Dieses Entgegenkommen gegenüber den Heimen und Gemeinden im Vergleich zum Regierungsantrag kann bei der doch noch weitgehend mit Unbekannten behafteten Kostensituation als gute Lösung betrachtet werden.

Mit der regierungsrätlichen und von der Linken unterstützten Datenschutzformulierung in penibler und rigoroser Datenregelung in 9 Paragrafen hat wieder einmal der Amtsschimmel gewiehert. Es kann nicht angehen, dass einem einzelnen Querschnittsbereich eine derartige Vormachtstellung eingeräumt wird, wie es mit diesem Vorschlag gemacht wurde. Dass gegen dieses Präjudiz für alle künftige Gesetzesarbeit rechtzeitig der Riegel geschoben wird, hat die grosse Mehrheit des Kantonsrat klar erkannt. Wir haben so schon alle Hände voll zu tun, dass dem unvernünftigen Überhandnehmen des Datenschutzes Einhalt geboten werden kann. Davon zeugen auch die nötig gewordenen Vorschriften im neuen Sozialhilfegesetz, wo die Beschaffung, Bekanntgebung und Verwendung von Daten und Kenntnisse über Unterstützte im Austausch zwischen Amtsstellen vorgeschrieben werden musste, weil bisher unter dem Vorwand des Datenschutzes eine eigentliche Verschweigungsmentalität herrschte. Dieser Fehlentwicklung hat der Kantonsrat mit seinem Entscheid klar Einhalt geboten.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein Postulat betreffend Überprüfung der Lehrerbildung im Hinblick auf die Bedürfnisse der Schulpraxis ohne Diskussion überwiesen.	☺
… ein Postulat betreffend Lehrgang für Quereinsteiger in den Lehrberuf ohne Diskussion überwiesen.	😐
… die erste Lesung zum Pflegegesetz abgeschlossen.	😐
… eine parlamentarische Initiative betreffend kein Tiefenlager für Atomabfälle vor dem Ausstieg aus der Atomtechnologie nicht unterstützt.	☺

30. August 2010

KANTONALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN BÄRETSWIL VOM 24. AUGUST 2010

Klares JA zur Revision der Arbeitslosenversicherung – klares NEIN zu «Schienen für Zürich»

271 Delegierte der SVP des Kantons Zürich folgten der Einladung nach Bäretswil, um am Dienstagabend vergangener Woche die Parolen für die Volksabstimmung vom 26. September 2010 zu fassen. Der Bundesbeschluss «Obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzentschädigung» wurde mit 254:5 Stimmen klar zur Annahme und die kantonale Volksinitiative «Schienen für Zürich» ebenso deutlich mit 254:3 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Die JA-Parole zur Verfassungsänderung; Anpassung an die neuen Prozessgesetze des Bundes, hat die Parteileitung und der Kantonalvorstand bereits am 6. Juli 2010 beschlossen.

Parteipräsident Alfred Heer.

Eindrückliche Mehrzweckhalle «Dorf» in Bäretswil.

Abstimmung.

Vizepräsident Gregor Rutz.

Parolen zur Volksabstimmung vom 26. September 2010

Eidgenössische Vorlage

Änderung vom 19. März 2010 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG) — **JA**

Kantonale Vorlagen

Verfassung des Kantons Zürich (Änderung vom 10. Mai 2010; Anpassung an die neuen Prozessgesetze des Bundes) — **JA**

Volksinitiative «Schienen für Zürich: Rahmenkredit für den Ausbau der Bahnlinie Zürich–Winterthur» — **NEIN**

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Karin Egli-Zimmermann

Alter: *50 Jahre*

Beruf: *Polizistin (Kantonspolizei Zürich)*

Gemeinde: *Elgg*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Ich bin seit 1998 Mitglied der SVP Sektion Elgg. Mein erstes politisches Amt (Schulpflege) habe ich als Parteilose angetreten. Bald merkte ich jedoch, dass ich mich mehr engagieren wollte und dazu gehörte für mich auch ein Beitritt in eine politische Partei. Die SVP verkörpert für mich alle Merkmale, die mir wichtig sind.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Ich war vier Jahre Vorstandsmitglied der SVP Elgg. Meine Behördentätigkeit begann in der Sekundarschulpflege Elgg, welcher ich neun Jahre (davon vier Jahre als deren Präsidentin) angehörte. Während fünf Jahren war ich Mitglied in der Bezirksjugendkommission Winterthur-Land und 6 Jahre amtete ich als Kantonale Geschworene. Diesen Frühling habe ich meine zweite Legislaturperiode als Gemeinderätin in Elgg (1. Vizepräsidentin) begonnen.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Ich wünsche mir eine sichere und unabhängige Zukunft in Freiheit mit eigenverantwortlichen Bürgern. Dazu beitragen soll eine effiziente Ausländerpolitik und eine konsequente Bekämpfung des Missbrauchs der Sozialwerke. Ich wünsche mir aber auch ein chancenreiches und fortschrittliches Bildungswesen und damit auch gesicherte Arbeitsplätze.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild, und warum?

Einen Politiker im Speziellen als Vorbild habe ich nicht.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Mein nächstes politisches Projekt ist im Frühling 2011 eine erfolgreiche Wahl in den Kantonsrat.

Mein langfristiges familiäres Projekt ist die Begleitung meiner zwei Kinder zu einem erfolgreichen Lehrabschluss, und dazu wünsche ich mir für meine Familie gute Gesundheit, denn dies ist das wichtigste Gut, das wir Menschen zur Verfügung haben.

SVP KLOTEN

Natalie Rickli bei der SVP Kloten

Nationalrätin Natalie Rickli und Kantonsrat Claudio Schmid waren als Referenten zu Gast bei der SVP Kloten. Claudio Schmid erläuterte detailliert die Vorlage «Schienen für Zürich», welche die SVP ablehnt. Eine Annahme würde bedeuten, dass der Kanton Zürich hunderte Millionen in eine Infrastruktur steckt, die eigentlich Sache des Bundes ist, und weiter würde damit der Bau des Brüttenertunnels definitiv verhindert. Natalie Rickli Referierte zum Thema «Änderung des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung». In der ALV hat sich ein Defizit von 7 Milliarden Franken aufgetürmt und jährlich kommt neu 1 Milliarde dazu. Bei der Revision stehen die Sanierung der ALV und die Bekämpfung von Fehlanreizen im Vordergrund. So sollen Menschen, die weniger als 1 Jahr Beiträge geleistet haben, neu noch 260 Taggelder erhalten anstelle von bisher 400 Taggeldern. Gerade hier ist die Missbrauchsquote bisher besonders hoch. Die SVP sagt JA zu dieser Revision. Zu den bevorstehenden Bundesratswahlen äusserte sich Rickli sehr dezidiert. Was in den Medien und teilweise in der Bevölkerung als Zwängerei der SVP gebrandmarkt wird, stellt sich aus parteipolitischer Sicht eben anders dar. Der Behauptung der anderen Parteien, Bundesrätin Widmer-Schlumpf sei eine Vertreterin der SVP und damit hätten wir die uns zustehenden 2 Sitze, hält sie zurecht entgegen, dass die SVP von Anfang an klar gemacht hat, dass jeder andere Kandidat als der von uns vorgeschlagene aus der Partei ausgeschlossen werde und somit nicht als Mitglied der SVP gewählt würde. Und so geschah es. Frau Widmer-Schlumpf erhielt keine SVP-Stimmen, sondern sie wurde von den Linken gewählt und aus der Partei ausgeschlossen. Und damit ist die SVP mit über 30 Prozent Wähleranteil im Bundesrat eindeutig untervertreten. Den fulminanten Abschluss ihres Referates bildeten einige Primeurs, die mittlerweile bereits in der Presse nachzulesen sind.

KR Claudio Schmid, NR Natalie Rickli, Parteipräsident Hans-Peter Kasper.

SVP DIETIKON

75-Jahre-Jubiläum der SVP Dietikon

Am 21. August durfte die SVP Dietikon ihr 75-Jahre-Jubiläum mit viel nationaler, kantonaler und kommunaler Prominenz auf dem Kirchplatz feiern. Die Feier wurde vom Parteipräsidenten Markus Erni bei schönstem Wetter eröffnet, wobei er die zahlreichen Gäste begrüssen durfte. Die Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker liessen es sich nicht nehmen, an diesem schönen Fest teilzunehmen. Weiter waren Alfred Heer (kantonaler Parteipräsident), Pierre Dalcher (Bezirkspräsident) und Otto Müller (Stadtpräsident) zugegegen und überbrachten ihre Glückwünsche.

Damit auf die vergangenen 75 Jahre zurückgeblickt werden kann, liess der Vorstand eine Chronik erstellen, die beim Sekretariat der SVP Dietikon bestellt werden kann.

Petrus sorgte für das wunderschöne «Sünneli»-Wetter und das OK der SVP-Feier für musikalische und folkloristische Unterhaltung (Trychler, Die Entertainer, Swiss Jungle Drummers und SMD Big-Band). Die zahlreichen Gäste wurden nebst mit Grilladen und Pommes mit feinen Kuchen aus den Küchen der SVP Dietikon verpflegt. So konnte bei einem guten Glas Wein oder bei einem kühlen Bier ausgiebig politisiert werden.

Der Vorstand der SVP Dietikon bedankt sich an dieser Stelle bei allen Besuchern und Helfern, welche zur erfolgreichen Durchführung des Anlasses beigetragen haben.

Festzelt am Jubiläum.

SVP BEZIRK DIETIKON

SVP Bezirk Dietikon nominiert Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten

Der Vorstand der SVP des Bezirks Dietikon hat die Kandidatinnen und Kandidaten für die Kantonsratswahlen 2011 nominiert:

1. Haug Hanspeter, Weiningen (bisher)
2. Haderer Willy, Unterengstringen (bisher)
3. Stählin Eveline, Oberengstringen
4. Burtscher Rochus, Dietikon
5. Dalcher Pierre, Schlieren
6. Estermann Marc, Geroldswil
7. Bonato Diego, Aesch
8. Grädel Thomas, Schlieren
9. Gardavsky Daniel, Weiningen
10. Wiederkehr Irene, Dietikon
11. Hansrudolf «Ringo» Keller, Birmensdorf.

Verschiedene Limmattaler Persönlichkeiten aus unterschiedlichsten Berufsgattungen und Alterskategorien sorgen für eine ausgewogene Wahlliste. Angeführt wird die Liste von den bisherigen Kantonsräten Hanspeter Haug (Weiningen) und Willy Haderer (Unterengstringen).

Mit Rochus Burtscher (Dietikon), Pierre Dalcher (Schlieren), Thomas Grädel (Schlieren) und Irene Wiederkehr (Dietikon) sind Persönlichkeiten aus den beiden Städten des Bezirks auf der Liste vertreten, die bereits über Parlamentserfahrung verfügen. Auf den vordersten Listenplätzen rangiert mit Eveline Stählin (Oberengstringen), eine weitere Vertreterin der Gemeinden rechts der Limmat, die insbesondere den Frauen eine Stimme geben wird. Mit Marc Estermann (Geroldswil) und Daniel Gardavsky (Weiningen) haben zudem auch zwei Vertreter der jungen SVP-Mitglieder ihren Platz auf der Kantonsratsliste gefunden. Abgerundet wird die Wahlliste schliesslich durch zwei amtierende Exekutivmitglieder, Diego Bonato (Aesch) und Hansrudolf «Ringo» Keller (Birmensdorf).

Die beiden amtierenden Kantonsratsmitglieder Hans Egloff (Aesch) und Rosmarie Frehsner (Dietikon) treten im kommenden Jahr nicht mehr zur Wahl an.

KR Hanspeter Haug, Eveline Stählin, Thoms Grädel, Diego Bonato, Hansrudolf «Ringo» Keller, Pierre Dalcher, KR Willy Haderer, Rochus Burtscher (auf dem Foto fehlen Marc Estermann, Daniel Gardavsky und Irene Wiederkehr).

LESERBRIEF

Schwarzer Hammer anstelle schwarzer Schleifen

Wer es noch nicht wusste, kam es durch die gut fundierten Berichte im «Zürcher Bauer» von Nationalrat Schibli und unserem umsichtigen Zürcher Bauernpräsident Hans Staub zu wissen, über die unmögliche Situation der Getreidebauern. Hinterhältig und perfide hat sich das Bundesamt für Landwirtschaft mit ihrer obersten Chefin, Bundesrätin Leuthard, verhalten. Das darf nicht sein und auf einen solchen Klotz gehört auch ein grosser schwarzer Hammer. Eine hohe Persönlichkeit im schweizerischen Müllereiwesen, die positiv zum inländischen Getreide steht, hat mir voller Stolz vor zwei Jahren mitgeteilt, dass bei einer strengen Prüfung im grösssten Müllereibetrieb der Schweiz, wo alle weltweit importierten Weizen-Mehle dabei waren, der IP-Swiss-Weizen an allerobersten Stelle lag.

Auch die Rückmeldungen der Bäckereien waren sehr positiv. Unser Bundesamt sollte endlich umgetauft werden in Bundesamt gegen die Landwirtschaft. Dieses Amt negiert bewusst solche positiven Tatsachen und schmiedet hinter verschlossenen Türen einen gewaltigen Teufelskarren zusammen mit der WTO und der EU, um den inländischen Getreidebau unmöglich zu machen. Gegen ein solches verlogenes und hinterhältiges Ansinnen muss sich unsere Landwirtschaft vehement zur Wehr setzen, wenn nötig mit dem grossen schwarzen Hammer, um das CVP-Departement Leuthard zur Vernunft und Ehrlichkeit zu bringen.

Ulrich Welti, Küsnacht

Dieselöl Benzin
HEIZOELHAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In topmoderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

sifa
SICHERHEIT FÜR ALLE
Einladung zum öffentlichen Vortrag
Natalie Rickli
Nationalrätin, Winterthur
Mehr Sicherheit: Mehr Taten statt Worte
Mittwoch, 8. September 2010, 19.30 Uhr
Bahnhofbuffet Au Premier, HB Zürich, Salon les Trouvailles
Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.
sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE – Aktion gegen Kriminalität
Postfach 23, 8416 Flaach

VOLKSINITIATIVE «SCHIENEN FÜR ZÜRICH»

Klares Nein zur VCS-Initiative

Die zusätzliche Belastung von Wohngebieten durch den Ausbau des Streckennetzes ist unzumutbar. Zudem macht die Finanzierung durch den Kanton Zürich im Rahmen der Aufgabenteilung im Nationalen Finanzausgleich absolut keinen Sinn. Langfristig kann nur der Bau des Brüttener Tunnels die deutliche Zunahme des Personen- und Güterverkehrs nachhaltig bewältigen. Die Initiative «Schienen für Zürich» ist deshalb klar abzulehnen.

DANIEL OSWALD
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Rund 80 000 Personen und 500 Züge verkehren täglich zwischen Zürich und Winterthur – Tendenz steigend. Sie alle müssen das Nadelöhr auf dem Abschnitt zwischen Effretikon und Winterthur passieren. Verschiedene Ausbauprojekte des Bundes, der SBB und des Zürcher Verkehrsverbundes ZVV werden diesen Engpass im Schienenverkehr bis 2018 entschärfen. Im Rahmen der geplanten 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich und des bereits beschlossenen Projektes ZEB investieren der Bund und der ZVV im Korridor Winterthur-Zürich bis 2018 rund Fr. 580 Mio. Diese Planungen würden durch die Annahme der Initiative gefährdet.

Langfristige Kapazitäten nur durch Brüttener Tunnel gedeckt

Mittelfristig ist mit einer weiteren Zunahme des Personen- und Güterverkehrs zu rechnen. Die zusätzliche Belastung der Wohngebiete entlang der heutigen Linienführung wird deshalb zu Recht kritisch beurteilt und bekämpft. Langfristig erweist sich der Brüttener Tunnel als klar bessere Lösung, da sein Bau die nötige und umweltverträgliche Kapazitätserweiterung bringt.

Anbindung muss sichergestellt werden

Die künftige Anbindung der Region Winterthur und der Ostschweiz an den Flughafen und die Agglomeration Zürich kann langfristig und nachhaltig nur durch einen leistungsstarken Tunnel erfolgen. Der Verein «Winterthur: agil-mobil» setzt sich deshalb seit seiner Gründung vehement für den Bau des Brüttener Tunnels ein. Mit einem Ja zur Initiative würde die Position des Kantons Zürich gegenüber dem Bund betreffend dem Bau des Tunnels massiv geschwächt. Der Tunnel würde eine reine Fiktion! Wir empfehlen Ihnen deshalb ein klares NEIN zur VCS-Initiative.

Brüttener Tunnel bauen!

Im Schienenverkehr brauchen wir Lösungen, die unseren langfristigen Anforderungen entsprechen. Eine weitsichtige Planung ist von zentraler Bedeutung. Deshalb ist und bleibt der Brüttener Tunnel die einzige richtige Lösung für unser Verkehrsproblem. Das Schweizer Volk hat dem Bau des Tunnels im Rahmen der Abstimmung über die Bahn 2000 bereits zugestimmt. Jetzt soll er endlich umgesetzt werden.

VOLKSINITIATIVE «SCHIENEN FÜR ZÜRICH»

N E I N zur VCS-Initiative «Schienen für Zürich»

Der Kanton Zürich steht im Zentrum der Bahnpolitik der gesamten Schweiz. Nicht nur das Fahrplanverfahren wird vom Hauptbahnhof Zürich bestimmt, auch ein Grossteil des Personen- und Güterverkehrs wird durch den Kanton Zürich massgeblich beeinflusst. Mit dieser Ausgangslage ist der Durchgangsbahnhof Zürich (DML), neben weiteren Grossprojekten wie z. B. der NEAT, auch für die weitere Entwicklung des ganzen schweizerischen Bahnnetzes von zentraler Bedeutung.

LORENZ HABICHER,
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 9

Der Kanton Zürich braucht aber nicht nur den Fernverkehr, auch ein gut ausgebautes S-Bahnnetz trägt zum Erfolg bei. Hier hat der ZVV seit den frühen 90er-Jahren das Zepter fest und erfolgreich in der Hand. Der nächste Schritt, die anstehende 4. Teilergänzung, wird aber vom finanziellen Korsett des Kantons beeinflusst. Die Konsequenzen möglicher Abstriche aus Kostengründen, sind noch nicht genau abschätzbar. Mit dem Agglomerationsprogramm des Bundes werden vom Parlament bewilligte Mittel von 2,56 Milliarden Franken für dringliche und baureife Projekte ausgelöst. Die Hauptanliegen des Kantons Zürich, DML und 4. Teilergänzung, können mit Priorität A (geplante Mittelfreigabe ab 2011) realisiert werden. Eine zweite Tranche der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich wartet noch in der Priorität B (geplante Mittelfreigabe ab 2015) und wird zu maximal 50 Prozent durch den Bund mitfinanziert.

Der Bund hat ein grosses Finanzierungsproblem seiner Bahninfrastruktur und die Kantone werden, ohne Vorfinanzierung oder entsprechende Beiträge, keine Infrastrukturbauten des Schienenverkehrs mehr realisieren können. Die Finanzlage des Kantons Zürich erlaubt es aber nicht Investitionen an falscher Stelle zu tätigen. Der Regierungsrat und das Parlament des Kantons Zürich haben dies gut erkannt und beschlossen nicht den vermeintlich einfachsten und schnellsten Ausbau des Schienennetzes (VCS-Initiative) zu unterstützen. Der bestehende Flaschenhals, zwischen Zürich und Winterthur, kann nicht durch das Opfer «Effretikon» behoben werden.

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) hat die Vorlage zur VCS-Initiative «Schienen für Zürich» vorberaten, der Kantonsrat ist dem Antrag der Regierung gefolgt und hat mit 120 zu 54 Stimmen Ablehnung beschlossen. Diese Initiative stellt mit ihrem verfänglichen Titel eine verhängnisvolle Weiche für die Verkehrs- sowie Siedlungspolitik. Sie fordert darüber hinaus aber noch eine substanzielle Vorfinanzierung des Kantons Zürich. Der Antrag des Kantonsrates und des Regierungsrats ist folgerichtig ein klares NEIN! Damit wird die Zeitachse von der zuständigen Volkswirtschaftsdirektion richtig eingeschätzt. Diese Volksabstimmung im September 2010 schafft Klarheit, welchen Weg der Kanton Zürich beschreiten soll. Den Weg eines kostengünstigen Doppelspurausbaus am Hürlistein, mit einer massiven Mehrbelastung von Illnau – Effretikon oder eine den Verhältnissen gesamthaft besser angepasste Lösung mit einem Brüttener Tunnel.

Im vom Bundesrat genehmigten, kantonalen Richtplan Verkehr, wurden zwei Tunnelvarianten prioritär eingetragen und nur falls diese nicht realisierbar sind, ist ein Doppelspurausbau denkbar. Der Kantonsrat hat in seiner Debatte erkannt, dass ein weiterer Ausbau des Hürlisteins keine langfristige Lösung sein kann. Sollte der Bund aus rein finanziellen Gründen diese 3. Variante wählen, liegen die Nachteile auf der Hand. Die Verkehrszunahme und die damit verbundenen Emissionen würden Illnau-Effretikon ersticken. Personenverkehr am Tag und Güterverkehr in der Nacht, beeinträchtigen die Siedlungsentwicklung in starkem Masse negativ. Nur eine Tunnelvariante schafft die benötigte Kapazitätserhöhung ohne diese negativen Begleiterscheinungen.

Ein unentschlossener Kanton Zürich wird nicht berücksichtigt und mit dieser VCS-Volksinitiative kann sich der Bund auch noch aus der Finanzierung verabschieden. Die zukünftige Anschliessung der Region Winterthur und der Ostschweiz an den Flughafen und die Agglomeration Zürich muss mit einem leistungsstarken Tunnel erfolgen. Der einfache Doppelspurausbau entlang der bestehenden Strecke wäre ein verkehrspolitisches Ärgernis statt einer faszinierenden Lösung.

Zusammenfassung

Die VCS-Initiative «Schienen für Zürich» ist nur oberflächlich eine verkehrspolitische Frage, im Kern ist es eine Finanzierungsvorlage. Schienenverkehr ist Bundesaufgabe, die Finanzierung der Bahn (inkl. Infrastruktur) obliegt dem Bund. Beginnt der Kanton Zürich mit der (Vor-) Finanzierung entsprechender Vorhaben, entspricht dies einem Systemwechsel!

Der Kanton verfügt nicht über die finanziellen Mittel, seine Bahninfrastruktur selbst zu bezahlen und zu betreiben.

Die heutigen Schienen für Zürich bestehen die Belastungsprobe, die realisierten und geplanten Ausbauten haben genügend Kapazität für bis zu 20 zusätzliche Fernverkehrszüge pro Tag und den schnellen Viertelstundentakt der S-Bahn Zürich, d. h. bis ins Jahr 2018. Das heisst, für die geplanten Ausbauten HGV und 4. Teilergänzung braucht es diese Initiative nicht. Schlimmer noch, eine Annahme der VCS-Initiative verhindert jedes mögliche Tunnelprojekt.

Die SVP des Kantons Zürich, hat auf Anregung ihrer Verkehrskommission eine Umfrage in den Bezirken Bülach, Pfäffikon und Winterthur durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass alle drei Bezirke die Tunnelvariante bevorzugen. Auch der Kantonsrat hat im Verkehrsrichtplan eine entsprechende Priorisierung vorgenommen. 3 Varianten wurden eingetragen, und nur falls keine Tunnelvariante möglich sein sollte, wird ein dieser Initiative entsprechender Doppelspurausbau in Erwägung gezogen.

Das beste und stärkste Signal aus dem Kanton Zürich an den Bund ist die deutliche Ablehnung dieser schädlichen VCS-Initiative.

REVISION OBLIGATORISCHE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Kein Selbstbedienungsladen

KONRAD LANGHART
BEZIRKSPRÄSIDENT
SVP ANDELFINGEN

Am 26. September 2010 gelangt die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zur Abstimmung. Einmal mehr haben die Linken das Referendum gegen eine dringend nötige Sanierung eines unserer Sozialwerke ergriffen. Das Parlament hat eine Revision mit 622 Millionen Franken Einsparungen und Mehreinnahmen im Umfang von 647 Millionen Franken pro Jahr befürwortet. Nun, klüger wäre es gewesen, vorwiegend auf der Ausgabenseite Anpassungen vorzunehmen, damit weitere Fehlanreize in diesem Sozialwerk beseitigt werden können. Leider war diese beste Lösung nicht mehrheitsfähig und man musste sich einmal mehr zu einem typischen helvetischen Kompromiss durchringen. Nun sind die Linken sogar noch gegen diese zweitbeste Lösung. Sie wollen lediglich mehr Einnahmen generieren und die Gelder weiterhin grosszügig verteilen. Mit ihrem Referendum gefährden sie den gesunden Fortbestand der Arbeitslosenversicherung (ALV). Die ALV krankt heute vor allem daran, dass zu viele Personen zu rasch von den Leistungen profitieren können ohne selber kaum je Beiträge bezahlt zu haben. Es sind dies einerseits Junge, die aus welchen Gründen auch immer nach Schule und Ausbildung kaum Fuss fassen im Erwerbsleben. Andererseits kann es für Einwanderer attraktiv sein, sich den Lebensunterhalt schon bald von der ALV finanzieren zu lassen. Für das ist dieses Sozialwerk nicht da. Die ALV soll hingegen helfen wenn Arbeitnehmer unverschuldet ihre Stelle verlieren oder aufgeben müssen, solange bis eine Anschlusslösung gefunden wird.

Der Schuldenberg der Arbeitslosenversicherung beträgt unglaubliche 7 Milliarden Franken und steigt jährlich um eine weitere Milliarde. Der Bundesrat wäre damit gesetzlich verpflichtet, die Versicherung durch eine einseitige Erhöhung der Lohnabzüge von 0,5 Prozent ohne Einsparungen zu sanieren. Die vorliegende 4. ALV-Revision geht nun gegen die Verschuldung vor indem sie die Lohnabzüge «nur» um 0,2 Prozent erhöht. Zusätzlich werden aber auch die Arbeitslosen teilweise in die Pflicht genommen und der schnellere Wiedereinstieg in den Arbeitsprozess wird gefördert. So wird beispielsweise die Bezugsdauer etwas der Beitragsdauer angepasst. Eine weitere Erhöhung der Lohnnebenkosten um 0,5 Prozent würde den wirtschaftlichen Aufschwung in der Schweiz behindern und auch die arbeitenden Personen und Familien mit tiefen Einkommen übermässig belasten. Die Revision selber belastet die Lohnabzüge zwar mit +0,2 Prozent ebenfalls, aber bedeutend weniger. Ein Ja zur Revision beseitigt immerhin einige Fehlanreize. Der im September zur Abstimmung gelangende Kompromiss ist wenigstens ein erster Schritt zur Sicherung und Sanierung der ALV, damit wir in der Schweiz auch künftig von den Leistungen dieses Sozialwerks profitieren können.

Fadegrad

Am Lebensweg

VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Die mit jedem Lebenszyklus verbundenen Orte und Gebäude wie Geburtshäuser, Spitäler, Schulen, Ausbildungsstätten, Kirchen, Psychiatrischen Kliniken, Siechenhäuser, Friedhöfe usw. stellen eine Gruppe von Kulturgütern dar, die als öffentliche Bauaufgaben oft ein hohes Mass an planerischer und baukünstlerischer Qualität erreichen sowie eine prägende Stellung im Orts- oder Stadtbild einnehmen. Zudem erzählen sie über den Umgang mit den zentralen Themen des Lebens: Geburt – Freuden – Leiden – Tod.» Nein, ich wusste auch nicht, dass am 12. September der Europäische Tag des Denkmals begangen wird. Darauf hat mich eine Medienmitteilung unseres Regierungsrates aufmerksam gemacht. In der Schweiz ist die Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung NIKE für die Umsetzung verantwortlich. «Am Lebensweg» heisst das sinnige Motto. Wir geben für Denkmalpflege einiges an Geld aus. Denkmäler haben den Zweck, uns Ereignisse und Zustände der Vergangenheit in Erinnerung zu rufen. «Denk mal» ist immerhin eine Aufforderung, der nachzugehen, sich lohnt; insbesondere, wenn man das Glück hat, wie ihr Kolumnist im ehemaligen Siechenhaus der Stadt Bremgarten sein Büro zu haben. Dieses Haus wurde 1654 erbaut. Es ersetzte ein älteres Gebäude und diente der Absonderung von Leprakranken. Die Trennung von Gesunden und Kranken war die einzige Möglichkeit, Ansteckungen von Mensch zu Mensch zu verhindern. Erst nachdem man es schaffte, die Ursachen der Krankheiten zu beseitigen, die häufig in schlechter Hygiene begründet waren, und die Therapien verbessert wurden, konnte man von der Trennung Gesunder und Kranker abgehen. Heute ist Abgrenzung aus der Mode gekommen. Wir sind tolerant und glauben, wir seien vor Ansteckung geschützt. Ins Wanken kam unsere Gewissheit, als vor kaum einem Jahr die Menschen in Mexiko weisse Masken trugen. Nicht nur in der Medizin sind wir offen gegenüber gefährlichem Verhalten – wir nennen es beschönigend «risikofreundlich». Auch im Sozialen sind wir tolerant geworden gegenüber jeder Spielart von Betragen, sogar wenn wir wissen, dass es destruktiv ist. Wir predigen die Integration und grenzen uns nicht mehr ab von ungesunden Entwicklungen. Die Wirtschaft hat gelernt und sucht Chefs, die «Nein» sagen können; die Politik solche, die allen ein bisschen gefallen. Wer sich gegen Fehlverhalten abgrenzt, muss einen Gegenentwurf haben, muss sich entscheiden, was für ihn richtig und was falsch ist. Er bezieht Stellung, setzt sich der Ablehnung aus. Wer eine Meinung vertritt, hat mehr Feinde als Freunde. Denk mal! Wofür lohnt es sich, einzutreten? Was ist gut, was schlecht? Was ist tolerierbar, wo sind die Grenzen? Wann ist Integration richtig, wann nur bequem? Denkmäler verweisen auf Antworten von Toten. Lebende haben selbst zu denken; es ist unser Lebensweg.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Städtische «Humanitäre Hilfe» für Pakistan?

Im gewöhnlich doch eher lokalen Geschehen im Gemeinderat erhielt man diese Woche zur Abwechslung auch mal die Gelegenheit, zu internationalen Gegebenheiten Stellung zu nehmen. Der Stadtrat beantragte nämlich dem Roten Kreuz einen Betrag in der Höhe von Fr. 100 000.– anlässlich der pakistanischen Flutkatastrophe zu Gunsten der Leidtragenden zu spenden. Die Dringlichkeit wurde verneint, die Weisung als solches aber entgegengenommen.

JEDIDJAH BOLLAG
GEMEINDERAT SVP STADT ZÜRICH 1/2

Eigentlich, so könnte man vermuten, steht dieser gut gemeinten Aktion doch nichts entgegen. Würde doch dieser Unterstützungsbeitrag dazu führen, das Leid der Betroffenen unter der Bevölkerung zu mindern. Einzig die SVP behielt auch in dieser emotionalen Angelegenheit einen kühlen Kopf, liess sich nicht von verfehlten Motiven steuern und sprach sich geschlossen gegen diese Weisung aus. Fraktionspräsident **Mauro Tuena** begründete die Ablehnung der SVP-Fraktion für humanitäre Hilfe damit, dass der Stadtrat bereits über ein Konto, gefüllt mit satten zwei Millionen Franken, für den Zweck der Entwicklungshilfe verfügt, welches in diesem Sinne verwendet werden kann. Zuvor wurde in der Fraktionssitzung eine kontroverse Debatte über diese Spende geführt. Zu Recht wurden auch sehr kritische Grundsatzfragen zu derartigen Aktionen gestellt. Sollte der Steuerzahler gezwungen werden, einen höchst fragwürdigen Staat wie Pakistan blind zu unterstützen? Die uns so viel bedeutenden Freiheitsrechte und westliche demokratische Werte werden in Pakistan mit Füssen getreten. Die Würde der Frau, die Gewaltentrennung sowie die Religionsfreiheit sind in Pakistan Fremdwörter und haben bestenfalls auf Papier bestand. Immer wieder erfährt man von abscheulichen Verletzungen der Menschenrechte und schrecklichen Gräueltaten an der Zivilbevölkerung, ausgeführt von regierungsnahen Kommandos oder gar durch protegierte Talibankämpfer. Wie ist Pakistans Präsident Zardari zu werten? Infolge seiner Frustration über die kritische Berichterstattung der nationalen Medien zur Flutkatastrophe, zensurierte er vorderhand die Berichterstattung in Manier eines totalitären Diktators. Dabei nahm er in Kauf, dass die Menschen in den betroffenen Gebieten keinen Zugang mehr zu Nachrichten hatten und sich in Folge dessen nicht über die Lage und allfällige Hilfsaktionen informieren konnten. Während Millionen seiner Bürger unter der fürchterlichen Flutkatastrophe und deren Folgen litten, konnte sich Präsident Zardari nicht dazu überwinden, seine mehrtägige Tour quer durch Europa abzubrechen und seinen Landsleuten in der Heimat beizustehen. Auf dem Heimweg schob er sogar noch einen überraschenden Abstecher nach Syrien ein. Soeben in seiner Heimat angekommen, forderte er dann kurzerhand, sämtliche Spenden nicht den Hilfsorganisationen sondern, damit das Geld in seinen eigenen Taschen landet, der notorisch korrupten Regierung zukommen zu lassen. Ein derartiges Verhalten ist eines Staatsoberhauptes, milde ausgedrückt, nicht würdig. Wer sicher sein kann, dass seine Spende den Opfern direkt zugestellt wird, und nicht bei fragwürdigen Organisationen versickert, soll der Zivilbevölkerung selbstverständlich Hilfe zukommen lassen. Der Weg über diese städtische Weisung ist jedoch trotz ehrenhafter Absicht in diesem Fall der falsche.

Interessant an dieser Debatte ist im Übrigen auch die Tatsache, dass die grosszügigste, effizienteste und nachhaltigste Hilfe von Naturkatastrophen betroffenen Gebieten stets von den in der moslemischen Welt so verhassten westlichen Staaten unter der Führung der USA geleistet wird. Wo bleiben die Spenden und der unermüdliche Einsatz vermögender Erdölstaaten wie Saudi Arabien oder dem Iran? Auch Dankbarkeit ist von diesen Staaten in keinster Weise zu erwarten. Schon in absehbarer Zeit werden die selbstlosen und aufwändigen Hilfsaktionen aus den Erinnerungen einer breiten Mehrheit von Pakistanern gebannt sein und die westlichen Staaten übernehmen abermals die altbekannte Funktion des Sündenbocks für eigene Fehlleistungen und Schlampereien. Den anderen Parteien sei geraten, ihr Gedankengut einmal ehrlich und ohne ideologische Scheuklappen zu überdenken; doch selbstverständlich ist die SVP im Gemeinderat mit dieser konsequenten Haltung alleine auf weitem Flur.

Nach dieser kleinen Expedition in internationale Gewässer zurück zur städtischen Politik.

In einem Postulat forderte die SP einen Bericht mit Strategien und Massnahmen und Interventionen beim Kanton zur Angleichung der Lernchancen in der Stadt Zürich vorzulegen. Insbesondere soll aufgezeigt werden, wie der Zugang zum Gymnasium unabhängiger von Wohnquartier und Einkommen der Eltern erfolgen kann. Für die SVP nahm **Ruth Ahorn** zu dieser Thematik Stellung. Gut ausgebildete Menschen sind eine notwendige Voraussetzung damit die Stadt Zürich im Standortwettbewerb mithalten kann. Dieser Satz aus dem Postulat kann sich parteiübergreifender Unterstützung sicher sein. Die SVP ist jedoch der Meinung, dass der Zugang zu einem Gymnasium sicher nicht ausschliesslich von dem Wohnort oder dem Einkommen der Eltern abhängig gemacht werden kann. Wenn ein Kind sich anstrengt und bemüht, seine Aufgaben immer erledigt und vielseitiges Interesse an den Tag, legt ist es durchaus möglich, dass es die Aufnahmeprüfung an das Gymnasium erfolgreich bewältigt. Doch gibt es kein Menschenrecht auf den Besuch eines Gymnasiums.

Es entspricht der Realität, dass nicht jeder Schüler für ein Gymnasium geeignet ist. Gewiss gibt es Eltern, welche Kraft ihrer soliden finanziellen Möglichkeiten ihre Kinder mit zusätzlichen Kursen besser fördern können. Schon heute unterstützen die Lehrer der 6. Klasse diejenigen Schüler, welche über das Potenzial zur Aufnahme und Bestehen eines Gymnasiums verfügen. Seit dem Frühjahr 2008 liegen speziell im Schulkreis Schwamendingen besondere Vorbereitungskurse für die Gymiprüfung vor. Dieser Schulkreis ist mit seinen 13,3 Prozent an Gymnasiumschüler deutlich unter dem kantonalen Durchschnitt von 25 Prozen Anteil an Schülern. Diese Kurse wurden diesem Ziel getreu, der Erhöhung der Chancengleichheit, eingeführt.

Die Schüler aus dem Schulkreis Schwamendingen entstammen aus 70 Nationen und sprechen weit über 30 verschiedene Sprachen. Genau bei den Fremdsprachigen aus diesen «Multi-Kulti»-Kreisen stellt man immer wieder fest, dass sie in ihrem Umfeld zu Hause mehrheitlich ihre herkömmliche Sprache verwenden und die jeweilige Landessprache arg vernachlässigen. Aus diesem Grund ist es für diese Kinder enorm schwierig, der deutschen Sprache mächtig zu werden. Somit fehlt ihnen mit den erforderlichen Sprachkenntnissen auch das entscheidende Element um auch andere Fächer erfolgreich zu meistern. Schon der jetzige Schwamendinger Schulpräsident, Res Rickly, hat seine Schulzeit in Schwamendingen verbracht und bereits zu seiner Schulzeit entstammten die geringste Anzahl Gymischüler aus Schwamendingen. Und das obwohl damals so gut wie keine fremdsprachige Kinder im Quartier wohnten. Deshalb stellte sich die SVP gegen einen Bericht, wie er im Postulat gefordert wird.

Die Ratslinke sollte sich ernsthaft darüber Gedanken machen, ob ihre Millionen teuren Integrationsprogramme auch wirklich die gewünschten Früchte tragen oder ob es nicht endlich an der Zeit wäre, auf Akzente wie eine ehrliche, effiziente und auf Eigenverantwortung gestützte Integrationspolitik, wie sie die SVP schon seit Jahren fordert, zu setzen.

SVP der Stadt Zürich

Parolen zur Volksabstimmung vom 26. September 2010

Städtische Abstimmungs-Vorlagen

Verkauf von Bauland an der Pfingstweidstrasse/ Mühleweg im Industriequartier für 4,39 Mio. Franken — **JA**

Escher-Wyss-Platz, Projekt Nagelhaus, Kunst und Architektur, Gastronomiebetrieb, Kiosk und ZüriWC-Anlage, Objektkredit von 5,9 Mio. Franken — **NEIN**

Änderung der Gemeindeordnung, definitive Verankerung der Globalbudgetierung — **JA**

Logistikzentrum Hagenholz für thermische Abfallverwertung und Recyling und für ein Rechenzentrum, Objektkredit von 72,1 Mio. Franken — **NEIN**

Schulkreis Uto / Wahl

Wahl eines Mitglieds der Kreisschulpflege Uto sowie des Präsidiums: Christian Aeschbach (FDP)

OGZO
Offiziersgesellschaft Zürcher Oberland

UOVZO
Unteroffiziersverein Zürcher Oberland

Öffentlicher Anlass zum Thema

(W)ehrlose Schweiz?

Am 10. September 2010, Türöffnung ab 18.30 Uhr
Altrüti, Gossau ZH

Grussbotschaft des Gemeindepräsidenten von Gossau ZH
Jörg Kündig

«Welche aktuellen und zukünftigen Risiken machen unser Land wehrbedürftig?»
Referat von
Peter Regli
Divisonär aD ehem. Unterstabschef Nachrichtendienst

Ansprache durch
Bruno Zuppiger, Nationalrat SVP ZH

anschliessend
Podiumsdiskussion zum Thema «Waffenschutzinitiative»

Moderator Dr. Peter Forster
Chefredaktor «Schweizer Soldat» und Mitglied des Lilienberg-Rates, Salenstein
unter anderem mit

Jakob Büchler
Nationalrat CVP SG, Präsident der SiK-N

Helene Aecherli
Redaktion Annabelle

Hans-Peter Wüthrich
Brigadier aD, Präsident IGS

Monika Ruh
Präsidentin OGZO

Der Betrieb der Festwirtschaft mit Verpflegung wird durch die SVP Gossau ZH sichergestellt.

www.svp-gossau-zh.ch

ESCHER-WYSS-PLATZ, PROJEKT NAGELHAUS

Nein zum Nagelhaus – Stopp der Steuergeldvernichtung!

Am Escher-Wyss-Platz sollen ein öffentliches WC, ein Kiosk und ein Kleinrestaurant in zwei Gebäuden aus Holz-Fertigelementen erstellt werden. Diese zwei Holzkisten, unter der Hardbrücke platziert, sollen gemäss Projekt des Stadtrates sage und schreibe 5,9 Mio. Franken kosten!

Weil die SVP diese Steuergeldvernichtung nicht akzeptiert, macht sie sich stark für ein Nein in der Volksabstimmung vom 26. September 2010. In einer Zeit, in der die Stadt Zürich mit Schulden in Milliardenhöhe dasteht, darf ein derart überrissenes Projekt nicht realisiert werden.

Der Steuerzahler wird immer mehr gerupft, in der Stadt Zürich ist die Belastung mit Steuern, Abgaben und Gebühren im Kanton Zürich am höchsten. Dazu kommt, dass im Jahr 2011 die Lohnabzüge, die Mehrwertsteuer die Krankenkassenprämien und die AHV-Abzüge ansteigen werden.

Die Baukosten für dieses WC mit Namen «Nagelhaus» sind unverantwortlich hoch, sie schlagen mit 3450 Franken pro m^3 zu Buche. Damit sind sie um ein mehrfaches teurer als bei anderen Bauten. Bei der geplanten Kunsthaus-Erweiterung in Massiv-Bauweise kostet der m^3 ca. 1500 Franken. Die Kosten für einen Minergie-Massivbau zu Wohnzwecken belaufen sich auf 550 bis 750 Franken pro m^3. Die Beurteilung dieser Vergleiche führt automatisch zum Schluss, dass zu diesen exorbitanten Erstellungskosten für das Nagelhaus nur ein kräftiges Nein in die Urne gelegt werden kann.

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Gut erhalten, günstig zu verkaufen: **Mähknickzetter Kuhn,** 1,60 m Arbeitsbreite; **Kreiselheuer Claas,** 4,50 m Arbeitsbreite; **Heuma,** 2,80 m Arbeitsbreite; 6 Sternräder. Peter Baltensperger, Unterdorfstr. 21, 8311 Brütten, Tel. 052 345 26 16.

8-Tonnen-Seilwinde Aebi AM 70 mit Triebachs; **Schneefräsen** 5–13 PS: **Rasentraktor** MTD, Tel. 079 359 85 16.

Schöner **Peugeot 306,** 1.8i, 1993, 5 Türen, 174 000 km, vorgeführt 21.7.09, 8-fach bereift, Fr. 750.–, Tel. 079 616 19 51.

Butterfass mit Motor, 8 l, Fr. 100.–; **Milchzentrifuge,** 10 l, Fr. 500.–; **Brotbackautomat,** Fr. 50.–, Telefon 044 935 19 70.

Schneeketten 275/70R 22,5, ein Paar, günstig zu verkaufen, gebraucht/LKW. Martin Furrer, 8492 Wila, Tel. 079 441 13 89.

SBS-Kochtopf-Set «Gourmet Royal», 16-teilig, für fettarmes Braten, vitaminschonendes Garen, Dünsten und Schmoren (energiesparend), Inox-Chromstahl, einfache Reinigung, fabrikneu – Wert Fr. 2400.–, wegen Nichtgebrauch für Fr. 400.–, Auskunft über Tel. 044 780 26 63.

Verkaufe **4 Heidschnuckenaueli** und **2 Böckli,** geb. April 10, Böcklitausch möglich, Tel. 044 945 46 02 abends ab 20 Uhr.

Mercedes C 200 Kombi, Automat, Mod. 04, Silber met., Lederpolster, Klimanlage, Anhängerkupplung, Fr. 18 500.–, 079 216 62 48

1 Neuhaus Einachs-Anhänger, Nutzlast 5 t, Breite 1,9 m, Länge 4,65 m mit breiten und schmalen Seitenläden, neuwertige Pneus, gut erhalten, 052 364 14 83, Hagenbuch ZH.

ZU KAUFEN GESUCHT

Milchkannen, 10 bis 30 Liter in gutem Zustand. Martin Pfister, 8610 Uster, Telefon 079 652 98 99

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
044 822 26 11.

Schwarze und rote **Holstein-Kühe.** Ernst Kunz, Wolfacherstr. 4, 8340 Hinwil, 044 937 12 66.

Occ. Gebläsespritze für Obst. Biohof im Hecht, Silvia und Fritz Roth, Furtstrasse 18, 8155 Niederhasli, Tel. 044 850 61 91. info@imhecht.ch

Schwenkkanalroste, 80 cm breit (mit Rundeisen). Tel. 055 240 36 02

2 neuwertige Winterpneus für VW Golf II, 175 x 70-13, Tel. 044 980 06 17.

1–30 Rundballen Stroh; Kleinballen Heu und Stroh. Stefan Pünter, Hombrechtikon, 079 694 49 41

Suche gebrauchte **Metallbohrer** mit Durchmesser 5–10 mm und mind. 20 cm lang. Telefon 044 793 37 47 oder Fax 044 793 37 48

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

BAUPLANUNGSBÜRO SCHULTHESS – DAS BÜRO FÜR BAUGESUCHE – SCHNELL UND KOMPETENT!
www.bauplanbuero-schulthess.ch

JOB – BESCHÄFTIGUNG

Jugendliche Seniorin sucht Beschäftigung, Raum Kanton Zürich und Umgebung: Büro, Betreuung usw., Auto vorhanden. Unter Chiffre 2708-2: Stutz Druck AG, «Zürcher Bauer», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil

ZU MIETEN GESUCHT

Gesucht: schöne **3-Zimmer-Wohnung** mit Garage, evtl. mit Lift. Im Bezirk Hinwil – auch auf Bauernhof – Telefon 079 732 15 70

GESUCHT

Herbstweide für 12 Rinder, ab zirka 20. September 2010, für zirka 6 bis 8 Wochen, Tel. 052 386 20 21

Herbstweide für Rinder, ab 22. September 10. Telefon 055 240 36 02

FREIZEIT/KONTAKTE

Kräuterwanderung mit Salbenwerkstatt am Zürcher Rhein.
www.herbanatura.ch

So bleiben Ihre LP's rund und Ihre Bilder, Filme und Dias werden es auch, dank **Überspielung auf CD und DVD**.
www.data-repro.ch
Manuel Maurer, 044 720 09 09.

Sind Sie ein gepflegter Mann ab 70, möchten Sie auch nicht mehr allein sein? Bin ohne Anhang, schlank und fit, wohne wunderschön und wünsche einen Wohnpartner. Zusammen alles Schöne geniessen! Wohne Nähe Zürich. Chiffre 2708-1: Stutz Druck AG, «Zürcher Bauer», Einsiedlerstr. 29, 8020 Wädenswil.

IMMOBILIE GESUCHT

Garage/Scheune gesucht für Oldtimer Restauration (Chevy Impala '69), Umkreis Wallisellen, Tel. 078 670 09 69

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Eidgenössische Volksinitiative für die
«Volkswahl des Bundesrates»

Parteiprogramm 2011–2015

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Einladung zur Programmtagung

Samstag, 11. September 2010, 8.00 Uhr bis zirka 12.00 Uhr
Restaurant Wallberg, Eichholzstrasse 1, Volketswil

Programm

08.00 Uhr Kaffee und Gipfeli
08.30 Uhr Begrüssung
Gregor A. Rutz, Vize-Präsident SVP Kanton Zürich
08.40 Uhr Einführung ins Thema
Nationalrat Christoph Mörgeli, Präsident der Programmkommission
09.15 Uhr Arbeit in Gruppen:
A. **Verkehr,** *KR Lorenz Habicher, KR Ruedi Menzi*
B. **Umwelt und Energie,** *KR Stefan Krebs, NR Hans Rutschmann*
C. **Landwirtschaft,** *KR Hans-Heinrich Heusser, NR Ernst Schibli*
D. **Schule und Bildung,** *ehem. KR u. ehem. Bildungsrat Oskar Bachmann, KR Matthias Hauser*
11.00 Uhr Präsentation der Thesen und Forderungen der Arbeitsgruppen / Plenumsdiskussion
12.00 Uhr Voraussichtliches Ende der Veranstaltung

Anmeldetalon für die Programmtagung vom Samstag, 11. September 2010

Name: Vorname:
Strasse: PLZ, Ort:
Tel.: E-Mail:

Ich melde mich an für die Arbeitsgruppe (bitte Zutreffendes bezeichnen: 1 = 1. Wahl, 2 = 2. Wahl):

A:		B:		C:		D:	

Bitte retournieren bis **Mittwoch, 8. September 2010** an das SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich, per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Einladung zum SVP-Politlunch

SVP-Politlunch Bezirk Andelfingen

Mittwoch, 8. September 2010, 11.45–14.15 Uhr
Restaurant Bahnhof, Henggart ZH

mit Thomas Minder,
Initiant der Abzocker-Initiative

Grounding des Managertums

Programm:
11.45–12.15 Uhr: Apero (die SVP-Bezirkspartei lädt ein)
12.15–13.15 Uhr: Mittagessen (auf Kosten der Teilnehmer)
13.15 Uhr: Referat
13.45 Uhr: Diskussion
14.15 Uhr: Ende

Während Apero und Mittagessen stehen Ihnen SVP-Amtsträger in Bund, Kanton, Bezirk und Gemeinden für Gespräche zur Verfügung.

Nächster SVP-Politlunch:
(Immer am ersten Mittwoch in ungeraden Monaten, jeweils von 11.45 bis14.15 Uhr)
3. November 2010

Wir machen Politik fürs Weinland
www.svp-bezirk-andelfingen

SCHWEIZER QUALITÄT SVP
SVP Bezirk Andelfingen

Einstehen für die Schweiz

öffentlicher Vortrag von Christoph Mörgeli
anschliessende Diskussion

Freitag, 17. September 2010
19.30 Uhr

Landenberghaus
Gemeindesaal · Im Städtli
Greifensee

Eine Veranstaltung der SVP Greifensee.
SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 6. September 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstr. 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstr. 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Aeugst
Dienstag, 12. Oktober 2010, Vormittag, Besichtigung der Stadlerrail in Bussnang (http://www.stadlerrail.com) mit anschliessendem gemeinsamen Mittagessen. Sie sollten sich schon heute dieses Datum ganz dick in Ihrem Kalender anstreichen. Details wie genaue Zeit, Transport, Treffpunkt usw., werden Ihnen frühzeitig bekanntgegeben. Vorsicht: Die Teilnehmerzahl ist begrenzt! Deshalb sollten Sie sich schon heute bei unserem Präsidenten Ruedi Bieri, Dorfstrasse 42, 8914 Aeugst am Albis, Telefon: 044 761 66 26, anmelden.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 8. September 2010, 11.45-14.15 Uhr, Restaurant Bahnhof, Henggart, SVP-Politlunch mit Thomas Minder, Initiant der Abzocker-Initiative. Programm:
11.45 bis 12.15 Uhr: Apéro (die SVP-Bezirkspartei lädt ein).
12.15 bis 13.15 Uhr: Mittagessen (auf Kosten der Teilnehmer).
13.15 Uhr: Referat.
13.45 Uhr: Diskussion und 14.15 Uhr: Ende.
Während Apéro und Mittagessen stehen Ihnen SVP-Amtsträger in Bund, Kanton, Bezirk und Gemeinden für Gespräche zur Verfügung. Nächster SVP-Politlunch: Mittwoch, 3. November 2010.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 11. September 2010, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 7. Politstamm. Das Thema lautet: Waffeninitiative – Gefahr für Schützen, Jäger und Sammler. Als Referent anwesend ist Urs Stähli Präsident ZHSV.

Bezirk Hinwil / Gossau
Freitag, 10. September 2010, ab 18.30 Uhr, Altrüti, Gossau ZH, öffentlicher Anlass «(W)ehrlose Schweiz?». Programm: Grussbotschaft des Gemeindepräsidenten von Gossau, Jörg Kündig. Gesprächsthemen: «Welche aktuellen und zukünftigen Risiken machen unser Land wehrbedürftig?». Referat von Peter Regli, Divisionär aD, ehem. Unterstabschef Nachrichtendienst. Ansprache von Nationalrat Bruno Zuppiger, SVP. Anschliessend Podiumsdiskussion zum Thema «Waffenschutzinitiative». Moderator: Dr. Peter Forster, Chefredaktor «Schweizer Soldat» und Mitglied des Lilienberg-Rates, Salenstein, unter anderem mit Nationalrat Jakob Büchler, CVP SG, Präsident der SiK-N; Helene Aecherli, Redaktion Annablle; Hans-Peter Wüthrich, Brigadier aD, Präsident IGS und Monika Ruh, Präsidentin OGZO. Der Betrieb der Festwirtschaft mit Verpflegung wird durch die SVP Gossau sichergestellt. Organisationskomitee: SVP Gossau, OGZO (Offiziersgesellschaft Zürcher Oberland) und UOVZO (Unteroffiziersgesellschaft Zürcher Oberland).

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Dienstag, 7. September 2010, 20.00 Uhr, Landgasthof Krone (kleiner Saal), Russikon, Parteiversammlung.

Freitag, 24. September 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus, Russikon, SVP-Party 2010, mit traditionellem Beinschinken und Kartoffelsalat. Im Anschluss referiert Ehrengast Christian Spoerlé, Gemeindepräsident Ebnat-Kappel, zum Thema «Vom Gemeindepräsidenten von Bauma zum Gemeindepräsidenten in Ebnat-Kappel». Danach wird wiederum ein Lotto-Match mit attraktiven Preisen durchgeführt.

Bezirk Winterthur / Pfungen
Samstag, 11. September 2010, ab 14.00 Uhr, Sonntag, 12. September 2010, ab 10.00 Uhr Dorfet Pfungen. Besuchen Sie die «Buurestube» der SVP.

Stadt Winterthur / Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach
Sonntag, 19. September 2010, ab 11.00 Uhr, Mehrzweckhalle Teuchelweiher (Reithalle), Wildbachstrasse 16, Winterthur, traditioneller Spaghetti-Plausch mit einem Referat von Nationalrätin Yvette Estermann. Programm:
Ab 11.00 Uhr: Apéro.
Ab 12.00 Uhr: Essen.
Ab 13.00 Uhr: Referat und anschliessend Dessert.
Kosten Erwachsene: CHF 15.00, Kinder pro Altersjahr CHF 1.00. Jedermann ist willkommen. **Anmeldung bis Samstag, 11. September 2010, erforderlich** an Ursula Staufer, Glärnischweg 8, 8400 Winterthur, per E-Mail: ursula.staufer@bluewin.ch oder per Fax an 052 213 25 50. Bitte um Angabe von Name, Vorname, Adresse und Anzahl Personen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Samstag, 4. September 2010, 9.00–12.00 Uhr, Albisriederplatz (zwischen Drogerie und Bushaltestelle), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Samstag, 11. September 2010, 9.00–12.00 Uhr, Schmiede Wiedikon (Tramhaltestelle beim Reisebüro), mit der SVP-Frauengruppe Stadt Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Samstag, 18. September 2010, 9.00–12.00 Uhr, Albisriederplatz (zwischen Drogerie und Bushaltestelle), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Stadt Zürich / Kreis 6
Dienstag, 7. September 2010, 17.45–19.00 Uhr, am Schaffhauserplatz, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Samstag, 11. September 2010, 10.00–12.00 Uhr, am Schaffhauserplatz, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Samstag, 18. September 2010, 9.00–12.00 Uhr, am Rigiplatz, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Stadt Zürich / Kreis 7
Dienstag, 28. September 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Ausschaffungsinitiative» mit Gastredner Roger Liebi, Präsident der SVP der Stadt Zürich und Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Samstag, 4. September 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Dienstag, 7. September 2010, Besichtigung / Führung smdk – Sondermülldeponie Kölliken 19:00 Uhr: Beginn Führung, Anmeldung erforderlich: Nicole Fontana, nicole.fontana@bluewin.ch oder Lorenz Habicher, lhabiche@gmx.ch

Samstag, 11. September 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisiriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Samstag, 18. September 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen, Fellenbergstrasse, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010.

Donnerstag, 28. Oktober 2010, ab 18.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Höck.

Freitag, 3. Dezember 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 11. September 2010, 10.00 Uhr, Migros Höngg, Zürich, Standaktion Unterschriften sammeln.

Samstag, 18. September 2010, 10.00 Uhr, Röschibachplatz, Zürich, Standaktion Unterschriften sammeln.

Dienstag, 5. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Opus Dei / Limmatberg, Zürich, Wahlveranstaltung mit Kantonsrat Rolf Stucker.

Stadt Zürich / Kreis 11
Sonntag, 19. September 2010, 10.00–17.00 Uhr, Bauernhof Schumacher, Katzenseestrasse 8, 8046 Zürich, Herbst-Brunch der SVP Zürich 11, Reichhaltiges Brunch Buffet von 10.00–12.30 Uhr, Preis: 20 Fr. (Kinder 9 Fr.), Mit Kurz-Referaten von Parteipräsident Alfred Heer, Regierungsrat Markus Kägi und Regierungsrat Ernst Stocker. Ab 12.30 Uhr Volksfest für die ganze Familie mit Pferdefuhrwerkfahrten, Handörgelimusik, Verpflegung und Degustationen.

Stadt Zürich / Kreis 12
Samstag, 4. September 2010, 13.00–02.00 Uhr bis Sonntag, 5. September 2010, 13.00–22.00 Uhr, traditionelle Chilbi. Besuchen Sie unseren SVP-Waldbahnhof und geniessen Sie eine Fahrt mit der Waldbahn. Die Kreispartei 12 freut sich auf Ihren Besuch. Festwirtschaft am Samstagnachmittag und Sonntag den ganzen Tag.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Samstag, 11. September 2010, 9.00–12.00 Uhr, Schmiede Wiedikon (Tramhaltestelle beim Reisebüro), Standaktion mit dem Kreis 3 zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010. Es gibt selbst gebackenen Kuchen und Kaffee.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 25. November 2010, 19.00 Uhr, Weihnachtsveranstaltung. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Weitere Details folgen.

SVP-Frauen Uster
Freitag, 1. Oktober 2010, Ausflug Schaubrenni Z'Graggen, Lauerz SZ und Bundesbriefmuseum, Schwyz. Programm:
8.30 Uhr; Abfahrt Reisebus hinter dem Bahnhof Uster (Sport Pfister).
10.00 Uhr; Besichtigung Schaubrennerei inkl. Apéro und Degustation.
12.00 Uhr; Mittagessen im Seerestaurant Fischerstube.
15.00 Uhr; Führung Bundesbriefmuseum Schwyz, anschliessend Heimreise mit Kaffeehalt.
20:00 Uhr; ungefähre Ankunft in Uster.
Kosten: Fr. 91.– inkl. Führungen, Mittagessen und Reise. Der Ausflug wird urchig musikalisch begleitet durch Lieni und Co. Anmeldung bis 13.09.2010 an (beschränkte Plätze): Angelika Rüegg, Rütiweg 9, 8610 Uster, Natel 079 664 14 19, E-Mail angelika.ruegg@gmail.com

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 24. November 2010, 18.00 Uhr, Kursaal Bern, Podiumsgespräch (18.20 bis 19.30 Uhr) zum Thema «EWR plus als Perspektive?» mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, Ignazio Cassis, FDP und Norbert Hochreutener, CVP, im Rahmen der «Berner Politgespräche». Moderation: Patrick Feuz, stv. Chefredaktor «Der Bund». Einleitende Bemerkungen von Bundesrätin Calmy-Rey und Prof. Dr. Baudenbacher, Präsident des EFTA-Gerichtshofes.

sifa – Sicherheit für alle
Mittwoch, 8. September 2010, 19.30 Uhr, Bahnhofbuffet Au Premier, HB Zürich, Salon les Trouvailles, öffentlicher Vortrag zum Thema «Mehr Sicherheit: Mehr Taten statt Worte» mit Nationalrätin Natalie Rickli.

MOTORRAD-CLUB SVP

Höcks
Dienstag, 7. September 2010, 19.30 Uhr, **5. Höck,** Besenbeiz Sternen, Mettmenstetten.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 1. Oktober 2010, Ort noch offen.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 2. Dezember 2010, 14.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Wollishofen, Chlaushöck (weitere Angaben folgen).

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
inweb ag, Zürcher Bote
Postfach, 8153 Rümlang Zürich
Tel. 044 818 03 07, Fax 044 818 03 08
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29,
8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11,
Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Ausflug SVP Uster Frauen

Freitag 1. Oktober 2010
(auch Männer sind herzlich willkommen!)

Schaubrenni Z'Graggen, Lauerz SZ

Bundesbriefmuseum, Schwyz

Rahmenprogramm

08.30 Uhr	**Abfahrt Reisebus hinter dem Bahnhof Uster** (Sport Pfister)
10.00 Uhr	**Besichtigung Schaubrennerei mit Apéro und Degustation**
12.00 Uhr	**Mittagessen im Seerestaurant Fischerstube** Spezialmenü mit Salat und Dessert (exkl. Getränke**)**
14.30 Uhr	**Abfahrt Reisebus**
15.00 Uhr	**Führung Bundesbriefmuseum Schwyz** (zirka 1 Std.) anschliessend Heimreise mit Kaffeehalt
20.00 Uhr	**ungefähre Ankunft in Uster**

Kosten

Fr. 91.–	**inklusive Fuhrungen, Mittagessen und Reise** (wird im Bus eingezogen)

Der Ausflug wird urchig musikalisch begleitet durch Lieni und Co.

Anmeldungen bis 13.9.2010 an (Platzzahl auf 30 Personen beschränkt)

Angelika Rüegg
Rutiweg 9, 8610 Uster
angelika.ruegg @gmail.com oder 079 664 14 19

SVP Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach

Einladung zum
Spaghetti-Plausch
Mit einem Referat von Nationalrätin
Yvette Estermann
Thema: **Goodbye Helvetia!** – Wer wünscht sich das Ende der direkten Demokratie?

Datum	Sonntag, 19. September 2010
Ort	Mehrzweckanlage Teuchelweiher (Reithalle)
Zeit	Ab 11.00 Uhr Apéro
	Ab 12.00 Uhr Essen
	Ab 13.00 Uhr Referat und anschliessend Dessert
Kosten	Erwachsene Fr. 15.–
	Kinder pro Altersjahr Fr. 1.–
Anmeldung	Jeder ist willkommen. Anmeldung erforderlich.

Anmeldetalon

Ich melde mich an:

Anzahl Personen: _____

Name: _____

Anmeldung bitte bis 11. September 2010 an Ursula Staufer per Post an Glärnischweg 8, 8400 Winterthur, per E-Mail an ursula.staufer@bluewin.ch oder per Fax an 052 213 25 50